

Presseinformation



Wiesbaden, 26. Monat 2015

10. Integrationsministerkonferenz vom 25. bis 26. März 2015 in Kiel

Staatssekretär und Bevollmächtigter Dreiseitel: „Asylbewerbern und Geduldeten muss Spracherwerb ermöglicht werden“

Kiel/Wiesbaden. Hessen ist auf der aktuell in Kiel stattfindenden 10. Integrationsministerkonferenz (IntMK) Mittragsteller einer Empfehlung, die die Bundesregierung dazu auffordert, die Teilnahme von Asylsuchenden und Geduldeten an den Integrationskursen zu ermöglichen. „Ich halte es für unverzichtbar, dass wir Asylbewerbern und Geduldeten den Weg ebnen, im Rahmen von Integrationskursen die deutsche Sprache sehr früh erlernen zu können“, stellte der Hessische Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, am Donnerstag klar. In der Folge von Krieg, Terror und Verfolgung suchten immer mehr Menschen Zuflucht auch in Hessen. „Viele von Ihnen werden voraussichtlich dauerhaft hier bleiben. Für Sie ist der frühzeitige Erwerb von Deutschkenntnissen eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration und die Aufnahme einer Erwerbsarbeit“, so Dreiseitel.

Eine weitere Beschlussempfehlung aus Hessen nimmt die Frage der Kinderbetreuung während des Integrationskurses in den Blick. Das Bundesministerium des Innern hat zum 30. September 2014 die integrationskursbegleitende Kinderbetreuung ersatzlos eingestellt. „Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Verantwortung für die Vereinbarkeit von Kursteilnahme und Kinderbetreuung wahrzunehmen und die Kinderbetreuung während der Kursteilnahme der Erziehungsberechtigten wieder finanziell zu unterstützen“, so der Staatssekretär und Bevollmächtigte. Insbesondere bei Eltern von Kindern, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die nicht unter den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz fallen, sei eine kursbegleitende

Kinderbetreuung besonders wichtig, um den Eltern die Teilnahme an einem Integrationskurs und damit eine frühe Sprachförderung zu ermöglichen. „Dies ist von großer integrationspolitischer und damit auch gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, da Integrationskurse die Eltern auch in die Lage versetzen, ihre Kinder besser auf ihrem Bildungsweg zu begleiten“, betonte Dreiseitel.

Auf ihrer zweitägigen Konferenz beraten und beschließen die Integrationsminister bzw. deren Vertreter über grundsätzliche und länderübergreifende Angelegenheiten der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. 26 Beschlussvorschläge - u.a. aus den Themenbereichen „Willkommens – und Anerkennungskultur“, „Arbeitsmarkt“, „Gesundheit“, sowie „Diskriminierung, Extremismus und Gewalt“ – standen am Mittwoch und Donnerstag auf der Tagesordnung.
